

Bali - die «Insel der Götter»

BALI: Mit Bali verknüpfen sich für die meisten Europäer Bilder von palmengesäumten Traumstränden, luxuriösen Hotels und farbenprächtigen Tempeln. In den letzten Jahren spielte der Tourismus eine immer wichtigere Rolle für das Wirtschaftsleben auf der Insel. Sollte der blutige Anschlag vom Samstagabend dazu führen, dass die jährlich Hunderttausenden ausländischer Urlauber der «Insel der Götter» den Rücken kehren, wäre dies nicht nur ein zerstörerischer Schlag für die baliunesische Wirtschaft, sondern für ganz Indonesien, das sich noch immer bemüht, die Folgen der asiatischen Finanzkrise Ende der 90er Jahre zu überwinden.

Kuta Beach, Schauplatz des verheerenden Anschlags, ist eines der wichtigsten Tourismuszentren auf Bali. Dort befinden sich hunderte Restaurants, billige Unterkünfte, Nachtclubs und Souvenirläden. Jeden Abend füllen sich die Strassen mit trinkenden und tanzenden Urlaubern.

Im ansonsten muslimisch geprägten Indonesien nimmt die «Insel der Götter» eine Sonderstellung ein: Die Kultur der rund drei Millionen Einwohner wird hauptsächlich vom Hinduismus bestimmt, nur im Norden gibt es einen stärkeren islamischen Einfluss. Bei der Mehrheit der Bevölkerung handelt es sich um indigene Balinesen, doch gibt es auch zahlreiche Einwanderer aus anderen Teilen Indonesiens.

Bali ist eine relativ kleine Insel, rund 145 Kilometer lang und 95 Kilometer breit. Es ist eine der mehr als 13 000 Inseln, aus denen sich die Republik Indonesien - der bevölkerungsreichste islamische Staat der Erde - zusammensetzt. Neben dem Tourismus sind Landwirtschaft (Reis, Tabak, Vanille, Kaffee, Kautschuk) die wichtigsten Einnahmequellen der Balinesen.

Fast 200 Tote auf Ferieninsel Bali

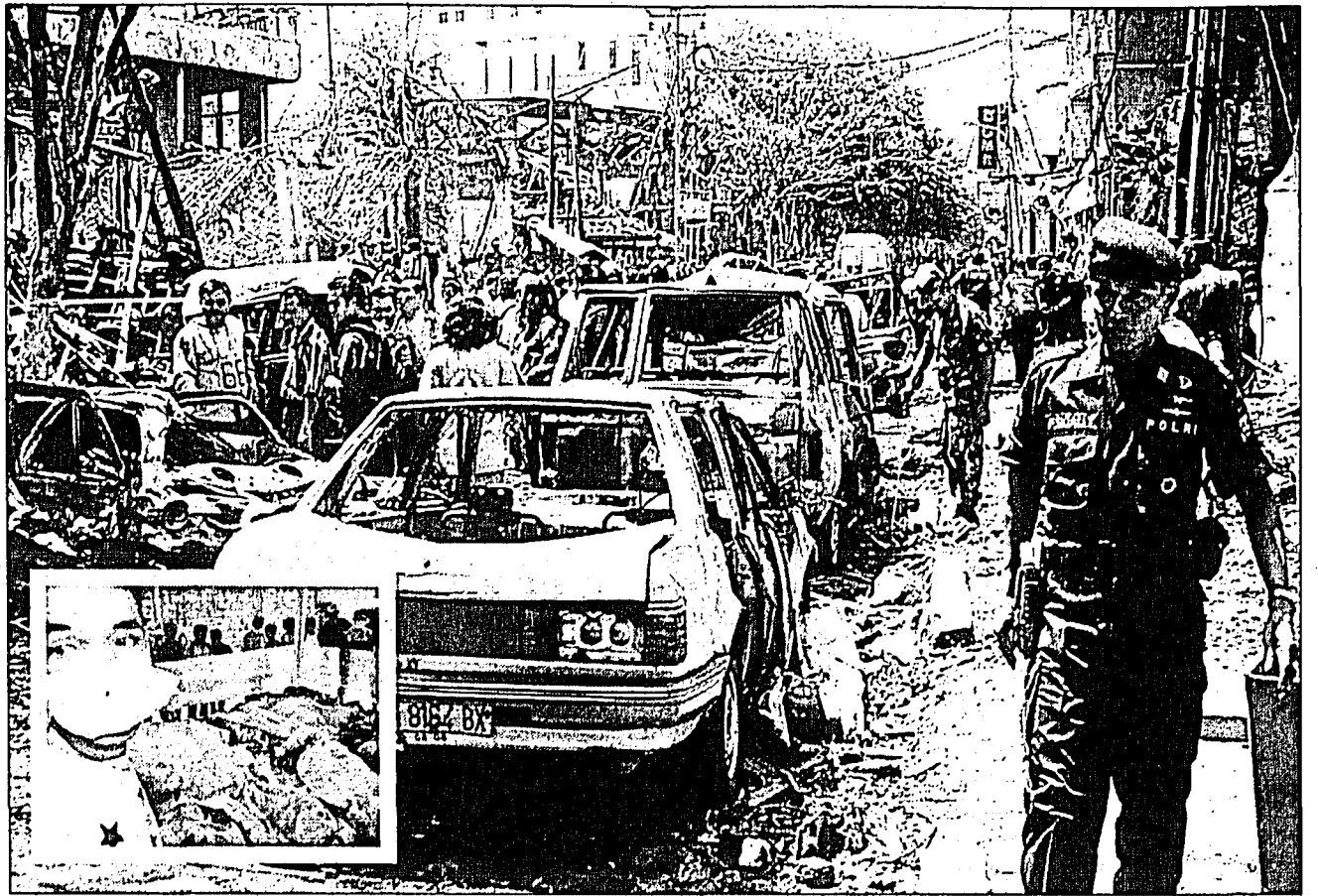
Schwerster Terroranschlag seit dem 11. September - Drei Explosionen an einem Tag

BALI: Beim schwersten Terroranschlag seit dem 11. September sind auf der indonesischen Ferieninsel Bali fast 200 Menschen in den Tod gerissen worden. Unter den Opfern ist auch eine Schweizerin. Über 300 weitere Menschen, darunter fünf Touristen aus der Schweiz, wurden verletzt. Die Explosion ereignete sich am Samstagabend vor einem Nachtclub im beliebten Urlaubsort Kuta Beach.

Der indonesische Polizeichef General Da'i Bachtiar sprach am Sonntag vom «schlimmsten Terrorakt in der Geschichte Indonesiens». Die Explosion in Kuta Beach zerstörte den hauptsächlich von Touristen besuchten Nachtclub «Sari». Das Lokal geriet nach der Explosion in Brand. Auch ein weiterer benachbarter Nachtclub fing Feuer, wie Augenzeugen berichteten. Der Sprengsatz war nach Angaben der Polizei in einem Geländewagen versteckt. Zwei weitere Anschläge richteten sich am Samstag gegen diplomatische Vertretungen der USA und der Philippinen. Zu den Taten bekannte sich zunächst niemand.

187 Tote und 309 Verletzte

Die Regierung gab die Zahl der Toten mit 187 an, die der Verletzten mit 309. Rund 90 der Verletzten befanden sich in kritischem Zustand. Bei den meisten Todesopfern handelte es sich nach Polizeiangaben um Australier. Auch Kanadier und Briten seien ums Leben gekommen. Der australische Ministerpräsident John Howard, der als enger Verbündeter von US-Präsident George W. Bush im Krieg gegen den Terrorismus gilt, forderte eine deutliche Reaktion auf den Anschlag. Die australische Beteiligung am Krieg gegen



Die Explosion vor einem Nachtclub im beliebten Urlaubsort Kuta Beach riss 187 Menschen in den Tod. (Bilder: Key)

den Terrorismus stehe aber nicht zur Debatte. Bush sprach von einem «feigen Akt, der Terror und Chaos hervorrufen soll» und fügte hinzu: «Die Welt muss dieser globalen Gefahr Terrorismus gegenüberreten». Es war zunächst unklar, ob US-Bürger unter den Toten waren. Der russische Präsident Wladimir Putin rief zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus auf.

Von Reisen wird abgeraten

Der Schweizer Botschafter in Jakarta, Georges Martin, berichtete, unter den Toten sei eine junge Schweizerin. Nach Auskunft des Eidgenössischen

Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wurden mindestens fünf Schweizer Touristen verletzt, zwei von ihnen schwer. Bundesrat Joseph Deiss verurteilte das Attentat aufs Schärfste. Wie andere Länder, rät auch die Schweiz vorläufig von Reisen nach Indonesien ab. Die EU bot der indonesischen Regierung am Sonntag Hilfe bei der Suche nach den Tätern an. «Die EU bleibt dem Kampf gegen den Terrorismus verpflichtet und fordert die indonesische Regierung dazu auf, keine Mühen zu scheuen, um die Täter zu finden und der Gerechtigkeit zuzuführen», heisst es in der in Brüssel veröffentlichten Erklärung.

Nahezu zeitgleich zu dem Anschlag in Kuta Beach kam es in der Hauptstadt von Bali, Denpasar, nahe des US-Konsularbüros zu einer zweiten Explosion. Dabei wurde nach Angaben der Polizei niemand getötet. Erst vor einigen Tagen hatten die Vereinigten Staaten vor neuen Terroranschlägen gewarnt und unter anderem erklärt, dass sich im mehrheitlich muslimischen Indonesien Terroristen mit Verbindungen zu El Kaida aufhalten könnten.

Das philippinische Konsulat im Landesinneren wurde von einer dritten Bombenexplosion erschüttert. Bei dem Anschlag in Manado entstand geringer Sachschaden.

SPD und Grüne geraten in Zeitnot

BERLIN: In Deutschland geraten SPD und Grüne bei ihren Koalitionsverhandlungen immer stärker unter Zeitdruck. In rund siebenstündigen Gesprächen der Spitzen von SPD und Grünen blieb am Sonntag in Berlin der angestrebte Durchbruch aus. Ursprünglich wollten sich die Regierungspartner über alle wichtigen finanzpolitischen Themen einigen. Wegen anhaltenden Streits an vielen Ecken und Enden verzichtete die grosse Verhandlungsrunde sogar auf eine für den Nachmittag angesetzte Beratung.

Nach Angaben aus Koalitionskreisen gibt es weiter Unstimmigkeiten in sämtlichen zentralen Bereichen: die Massnahmen zur Schliessung des Zehn-Milliarden-Euro-Defizits im Haushalt 2003, die Ausgestaltung der Ökosteuern, das Ehegattensplitting und die Abschaltung des Kernkraftwerks Obrigheim. Das Gerangel um Kompetenzen im Kabinett ging ebenfalls weiter. «Es geht einen Schritt vor und dann wieder zwei zurück», hiess es.

SPD-Fraktionschef Franz Müntefering räumte «erheblichen Klärungsbedarf» ein, «was das Geld angeht». Details wollte er nicht nennen. Sozialdemokraten und Grüne wollen ihre Gespräche heute Montag fortsetzen. Der Koalitionsvertrag soll laut Müntefering am Mittwoch unterschrieben werden.

Einig war sich die Koalition darüber, den Sparkurs zu lockern. Sie hält zwar am Ziel fest, 2006 erstmals seit Jahrzehnten wieder einen Bundeshaushalt ohne neue Kredite zu finanzieren. In den Jahren bis dahin wollen sie aber notfalls mehr Schulden aufnehmen als bisher geplant. Damit will sich die Regierung Spielräume für Massnahmen zur Belebung von Konjunktur und Arbeitsmarkt bewahren.

Aufruhr in München

Gegendemonstranten stoppen Neonazis

MÜNCHEN: Rund 3000 Gegendemonstranten haben am Wochenende in München einen Neonazi-Umzug gestoppt. Die rund 800 Neonazis protestierten am Samstag gegen die in der Stadt gastierende Ausstellung «Verbrechen der Wehrmacht».

Nach einer Auftaktveranstaltung auf der Theresienwiese marschierten die Rechtsextremisten durch die Innenstadt, mussten aber auf halbem Wege zum geplanten Kundgebungsort umkehren, weil die Gegendemonstranten die Strasse blockierten.

Die Polizei nahm nach eigenen Angaben elf Gegendemonstranten und neun Rechtsextreme vorläufig fest. Mindestens zehn Demonstranten wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen. Es gab Strafanzeigen, unter anderem wegen Verstosses gegen das Vermummungsverbot und Tragens

verfassungsfeindlicher Abzeichen.

Die Extremistendemonstration unter dem Motto «Die Deutsche Wehrmacht kämpfte tapfer und anständig. Stoppt die Lügenausstellung!» war gerichtlich gestattet worden. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte am vorangegangenen Freitag die Aufhebung eines von der Stadt München erlassenen Verbots bestätigt, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht ausreichend nachgewiesen worden sei. Das Gericht verwies auf die Grundrechte.

Als die Polizei vergeblich versuchte, die Strasse für die Neonazis zu räumen, kam es zu Rangeleien mit Anhängern des «Bündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch». Dabei brach sich ein Gegendemonstrant ein Bein. Die Sicherheitskräfte zwangen die Rechtsextremen schliesslich zur Umkehr. 3000 Beamte trennten beide Lager.



Die Polizei zwischen Gegendemonstranten und Neonazis. (Bild: Keystone)

Druck auf Irak erhöht

USA verlegen weitere Armee-Einheiten

WASHINGTON: Die USA haben den Druck auf Irak erneut erhöht: Nach der Zustimmung des Kongresses zu einem Irak-Krieg kündigte Washington am Wochenende die Verlegung weiterer Soldaten in die Golfregion an.

Zwei Hauptquartiere von Boden- und Spezialeinheiten sollen nach Kuwait verlegt werden; knapp 1000 Soldaten seien betroffen, teilte das Pentagon mit. Damit solle die Entsendung grösserer Bodentruppenkontingente vorbereitet werden, falls Bush einen Angriff auf Irak befiehlt.

Es handle sich um das Hauptquartier des in Heidelberg stationierten fünften Korps der US-Armee in Europa sowie das Hauptquartier des im US-Bundesstaat Kalifornien stationierten ersten Marineinfanteriekorps. Beide Einheiten kämpften bereits im ersten Golfkrieg 1991 und waren auch in Somalia und auf dem Balkan im Einsatz.

Keine baldigen Inspektionen

Die US-Regierung wies die Forderung Bagdads zurück, Ende nächster Woche die UNO-Waffeninspektionen wiederaufzunehmen. Bei dem Brief des irakischen UNO-Botschafters Mohammed el Duri an den obersten UNO-Waffeninspektor Hans Blix handle es sich um «anderthalb Seiten Rhetorik» ohne eine konkrete Zusage, sagte ein Vertreter des US-Aussenministeriums.

El Duri hatte die UNO zu einer raschen Rückkehr der Waffenkontrollleute aufgefordert. Diese könnten wie geplant am 19. Oktober ihre Arbeit aufnehmen.

Kontrollen in Saddams Palästen

Das irakische Schreiben war eine Antwort auf einen Brief von Blix und

der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), in dem Bagdad aufgefordert wurde, die Anfang Oktober in Wien getroffenen Vereinbarungen schriftlich zu bestätigen. Bei dem Treffen waren die umstrittenen Präsidentenpaläste von Saddam Hussein zunächst ausgeklammert worden.

Irak ist offenbar nun aber doch bereit, die Paläste kontrollieren zu lassen. Das deutete der irakische Vize-Präsident Taha Jassin Ramadan gegenüber dem deutschen Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» an. «Von uns aus mögen die Inspektoren suchen und inspizieren, wie und wo immer sie möchten.»

Auch Senat für Entschliessung

Nach dem Repräsentantenhaus hatte am Freitag auch der US-Senat für eine Entschliessung gestimmt, die den Präsidenten zum Einsatz der Streitkräfte für den Schutz des Landes gegen Irak ermächtigt. Einzige Bedingung ist, dass Bush alle diplomatischen Anstrengungen als gescheitert betrachtet.

Nun sei die UNO am Zug und müsse eine Resolution verabschieden, sagte Präsidenten-Sprecher Ari Fleischer. Für kommenden Mittwoch wurde auf Antrag der blockfreien Staaten eine öffentliche Debatte im UNO-Sicherheitsrat angesetzt.

Der irakische Vize-Ministerpräsident Tarik Asis warnte vor einem Flächenbrand in der Region. Irak sei zwar das erste Ziel, aber «alle Nachbarländer werden gespalten», sagte Asis am Wochenende dem libanesischen Satellitenfernsehen LBCI.

In Paris demonstrierten am Samstag tausende Menschen gegen einen Krieg in Irak. Zu dem nationalen Protesttag gegen einen Irak-Krieg hatten mehrere französische Parteien, Gewerkschaften und Verbände aufgerufen.